
Skandalisierungsfallen.

Einige Anmerkungen dazu, welche Folgen es hat, wenn wir das Vokabular „der Gewalt“ benutzen, um auf gesellschaftliche Probleme und Konflikte aufmerksam zu machen*

Helga Cremer-Schäfer
Bad Vilbel

Wer das Gewalt-Vokabular benutzt, um gesellschaftliche Konflikte und Probleme zu skandalisieren, der wird gehört, besonders gerne von den Massenmedien. Soziale Bewegungen, Professionen und Advokaten, die sich auf das Vokabular einlassen, um ihre moralische Empörung auszudrücken und Abhilfe einzuklagen, tappen auch in Skandalisierungsfallen: Am Beispiel „Gewalt in der Schule“ wird gezeigt, wie die öffentliche Debatte Anlässe erhält, Ordnungsdiskurse zu führen. Konflikte und Probleme werden individualisiert. Im besten Fall erfolgt die moralische Selbstverpflichtung der Skandalisierer, die Welt durch eigene Anstrengung, durch „Moral“ der Einzelnen, in Ordnung zu bringen. All das begünstigt Kontrolle (mit allen paradoxen Folgen) und verhindert Politik.

„Gewalt“ ist ein zentraler Aufmacher geworden, wenn öffentlich gesellschaftliche Probleme in Schriften, Bildern oder Ton verhandelt werden. Dabei ist es ganz gleich, ob es um das Geschlechterverhältnis, die Spaltung der Gesellschaft oder das Generationenverhältnis geht, ob weltweite Migrationsprozesse oder die deutsche Vereinigung zur Debatte stehen, ob sich eine Politik der Integration oder – meist doch – die Politik der Ausgrenzung ankündigt. Das öffentliche Reden bedient sich des Etikettes „Gewalt“:

*Gewalt in der Familie oder Gewalt in der Schule,
Gewalt in Berlin oder in Frankfurt (am Main),
Gewalt in den Medien und durch die Medien,
Gewalt in der Untergrund-Bahn und auf Straßen und Plätzen,
Gewalt von und an und zwischen Jugendlichen, den rechten und linken und unpolitischen.*

Es herrscht „Krieg in den Städten“; „Stammesfehden“ werden geführt zwischen deutschen und ausländischen Jugendbanden.¹

Ein „etabliertes“ Thema wie das der *Gewalt an Mädchen* wird ergänzt durch die *Gewalt der (ausländischen) Mädchenbanden*.

Seit dem deutschen Herbst 91 ist nun auch von *Gewalt gegen Ausländer* die Rede, nicht zuletzt, weil es davon ablenkt, daß es sich um Pogrome handelte.

Über Headlines dieser Art werden in Massenmedien Neuigkeiten verkauft und wird Unterhaltung angeboten; das ist sicher die bedeutsamere

Funktion der Medien. Wir sollten bei aller Gelassenheit über diesen Diskurs aber nicht vergessen, daß Medien ideologische Apparate sind. Sie transportieren Vokabulare, die bestimmen, wer die Probleme macht, wie darüber geredet werden kann und welche Grenzen Politik sich setzen will.

Seit den Analysen von Moral- und Sicherheits-Paniken, mit denen seit den 50er Jahren auf die verschiedenen sozialen Bewegungen reagiert wurde und die sich ab dem Ende der 60er Jahre zum festen Bestandteil des staatlichen „Krieges“ gegen Kriminalität, Drogen, Terrorismus entwickelt haben, verfügen wir in der sozialwissenschaftlichen Diskussion über Konzepte und theoretische Überlegungen, die einem naiven Umgang mit dem Gewaltbegriff ein Ende gesetzt haben müßten. „Naiv“ meint in diesem Zusammenhang für mich, „Gewalt“ als einen beschreibenden Begriff zu benutzen oder als ein Skandalisierungs- und Dramatisierungskonzept zu verwenden. Naivität können sich weder der wissenschaftliche Diskurs leisten noch die gesellschaftlichen Debatten um öffentliche Probleme und Skandale.

I. Die Etablierung von „Gewalt“ als Symbol gesellschaftlicher Unordnung

Spätestens mit der kriminal- und rechtssoziologischen Literatur über die „symbolischen Kreuzzüge“ und die „Law-and-Order-Kampagnen“ der 70er Jahre mußte klar sein, daß „Gewalt“ nichts beschreibt. „Gewalt“ ist ein Etikett; es fungiert als „summarysymbol“, als „Verdichtungssymbol“. Die wichtigste Unternehmung, „Gewalt“ als ein Symbol gesellschaftlicher „Krise“ im öffentlichen Reden zu etablieren, war in der alten BRD der symbolische Kreuzzug gegen „Exzesse“ von Emanzipation, Liberalität und Gesellschaftskritik, der aus Anlaß des linken „Terrorismus“ stattfinden konnte. Der Begriff der „Gewalt“, so schrieb Hubert Treiber in seiner Untersuchung zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus, erwies sich „als inklusiv in dem Sinn, daß von ihm ausgehend mühelos sämtliche sozialen Teilbereiche skandalisiert werden können – von der Familie über die Schule und die Arbeit bis zur ökonomischen und politischen Ordnung“ (Treiber 1984, S. 350). Ansetzend am „Extrem“, dem Terrorismus als der „Spitze eines Eisberges“, konnten ganz andere soziale Prozesse eingegrenzt und abgestoppt werden. Verdichtungssymbole dienen der Bestimmung von Außenseitergruppen und von gesellschaftlichen Grenzgängern. Im öffentlichen Reden, wie wir es dann hauptsächlich in den Massenmedien finden, über diese Gruppen, wer sie sind, woher sie kommen, wo die „Ursachen“ für ihre „Gewalt“ liegen, wer ihre „geistigen Wegbereiter“, „Dulder und Fürsprecher und „Sympathisanten“ sind, werden nicht nur die erklärten „Feinde von Gesellschaft und Staat“ ausgegrenzt (und eingesperrt), es geht um ideologische Manöver, um die Definition von normativen Grenzen, sei es die der Erziehung, der Demokratie oder der Emanzipation. Das Reden darüber übernehmen Massenmedien von den „primären Definierern“ und bieten es ihrem

Publikum an. Unsere Aufmerksamkeit sollte den Fällen gelten, in denen dieser öffentliche Moraldiskurs in das Vokabular von sozialen Bewegungen oder gesellschaftlichen Advokaten übergegangen ist.

Stuart Hall u. a. (1978) haben in ihrer Untersuchung des „Mugging“, der Dramatisierung des Handtaschenraubes zur „Gewalt auf der Straße“, und der daran anschließenden Law-and-Order-Kampagne in Großbritannien darauf hingewiesen, daß „Moral-Paniken“, die diesen Kampagnen vorausgingen, ein ganz anderes Muster aufwiesen als die Aufregungen, die Mods und Rocker im Übergang zu den 60er Jahren auslösten. „Damals“ versuchte noch der erschreckte Bürger Öffentlichkeit aufzurütteln: der besorgte Pfarrer, Lehrer, Pädagoge oder Frauenring. In den 70ern definierten die staatlichen Kontrollapparate und die Massenmedien selbst, was die öffentliche Ordnung stört. Es ging immer noch um einzelne Gruppen (die Rocker, die Gammler, die jugendlichen Handtaschenräuber) und die spezifischen „Störungen“, die von ihnen ausgingen. Mit den daran anschließenden Sicherheitspaniken und den Law-and-Order-Kampagnen setzt sich dann die Konzeptualisierung durch, daß alle Störungen der öffentlichen Ordnung zusammengehören und auf einem Kontinuum anzuordnen sind. Einzelne dramatische Ereignisse sind nur der sichtbare Teil dessen, daß die Rechts- und Gesellschaftsordnung selbst in Gefahr ist. Der Handtaschenraub ist nicht gefährlich, weil er von Beraubten als Übergriff auf ihre Person empfunden wird. Gefährlich ist er als Fall von „Gewalt auf der Straße“, die die ganze Nation bedroht. Der „Mugger“ ist gleichzeitig jung, Immigrant, arbeitsscheu, disziplinos, Produkt zerfallener moralischer Bande in der Familie und sich auflösender sozialer Ordnung in den Städten usw. Mit der Konstruktion des „Folk-Devils“, die nun von den Kontrollapparaten und den Medien selbst ausgeht, wird nicht nur der Ausbau der Sicherheitsapparate begünstigt, sondern ideologische Arbeit geleistet, das Krisenbewußtsein geschärft und der erwünschte Sozialcharakter dargestellt. Wo die Konzepte vorgegeben sind („Gewalt“) und der Rahmen gesetzt ist (Bewahrung der nationalen Werte), da kann sich unterstützend auch wieder die private Entrüstung in die Kampagne einschalten.

Auf der Basis eines recht umfangreichen und drei Jahrzehnte umfassenden Dokumenten-Materials aus bundesdeutschen Illustrierten und Magazinen (*Stern*, *Quick*, *Bunte*, *Der Spiegel*) haben Johannes Stehr und ich diese Geschichte von Moral-Unternehmungen und die „Entdeckung“ der Gewalt darin bestätigt gefunden.² Zwei Erweiterungen scheinen uns aber angebracht: 1) Moral-Unternehmungen, Sicherheits-Paniken und symbolische Kreuzzüge sind aufwendige gesellschaftliche Veranstaltungen; sie sind nur möglich, wenn sie auf einer alltäglichen Praxis des „Moralisierens“ aufbauen können; 2) gesellschaftliche „Großprojekte“ wie die Anti-Terrorismus-Kampagne, die „Sympathisanten“- oder die „Radikalen“-Debatte, der „Krieg“ gegen Kriminalität und Drogen strukturieren ihrerseits das private und öffentliche Moralisieren, also das Be- und Verurteilen von Situationen und Menschen.

Die 80er Jahre kennzeichnet, daß die „großen“ Kampagnen vorbei sind. Und doch gibt es in der Öffentlichkeit, zumindest in den Massenmedien, die wir analysiert haben, eine Hinterlassenschaft: Übernommen werden aus den „großen“ Sicherheits- und Moral-Paniken die dort konstruierten Verdichtungssymbole (wie „Kriminalität“, „Gewalt“, „Störer“, „Feind“) und die Rahmung von Problemen als Teil einer umfassenden gesellschaftlichen Ordnungskrise (und nicht mehr als Ausdruck eines Konfliktes). Weit flexibler als das Verdichtungssymbol „Kriminalität“ erwies sich das der „Gewalt“. Die Benutzung solcher Symbolik hat in den Massenmedien weitgehend implizit vorgenommene Wertungen oder einfache abwertende Darstellungen abgelöst, die sie als „moralische Anstalten“ immer schon ihrem Publikum angeboten haben.

Im Zusammenhang mit der erwähnten Inhaltsanalyse von *Stern*, *Quick*, *Bunte* und *Spiegel* sind wir der Geschichte von „Gewalt“ als Verdichtungssymbol etwas genauer nachgegangen. Transportiert haben die Medien das Konzept erst Anfang der 70er Jahre. Da beginnen sie, Kontrollexperten (Männer und Frauen) zu zitieren, die „Gewalt-Kriminalität“ als „Brutalität“ deuten. Die Brutalitäts-Metapher hat eine doppelte Bedeutung. „Brutalität“ ist einerseits sichtbarer Ausdruck von Normverlust und Normmangel auf der Seite der Individuen, und andererseits ist dieser „Zustand“ Resultat einer „Brutalisierung und Verrohung der Gesellschaft“. Erst ab den frühen 70er Jahren gebrauchten die von uns untersuchten Medien die Abstraktion „Gewalt“, interpretierten Gewalt-Handlungen und Gewalt-Täter als „Spitze eines Eisberges“. Die eigentliche Gefahr identifizierten sie nicht in den sichtbaren und vielleicht bearbeitbaren Problemen, sondern in den „Ursachen“. Und die lagen in der Funktionsunfähigkeit gesellschaftlicher Institutionen, im „Versagen“ der privaten (und „sanften“) Kontrolleure. Entdeckt und übernommen haben die Medien den Gewaltbegriff von staatlichen Kontrollinstitutionen, deren Repräsentanten und Experten.

Die wichtigsten Unternehmungen in der alten BRD, „Gewalt“ als eine Vokabel zu etablieren, die alle anderen Verdichtungssymbole (und insbesondere das der „Kriminalität“) einschließt, waren die Sicherheits-Panik und der symbolische Kreuzzug, die durch den „linken Terrorismus“ veranlaßt wurden. Nach diesen Kampagnen verfügten die Medien nicht nur über „das Rätsel Kriminalität“. Das neue Gesellschaftsspiel geht von der „Gewalt“ aus, davon, daß diese oder jene „Tätergruppe“ immer mehr, immer jünger, immer brutaler werde – und zwar in „Gedanken, Worten und Werken“. Bei aller Skepsis gegenüber den „Wirkungen“ von Medien, es scheint so, als ob sie damit einen neuen Teil sozialen Wissens etabliert haben. Wer sich über soziale Zumutungen und Ungerechtigkeiten, über Herrschaftsverhältnisse empört und davon befreit werden möchte, der tut gut daran, das als Fall von „Gewalt“ anzubieten. Wie selbstverständlich das Nachdenken über Gesellschaft sich im Gewalt-Vokabular vollzieht, zeigt die öffentliche Ankündigung eines volksbildenden Seminars einer Volkshochschule im Frankfurter Umland:

„Gewalt ist allgegenwärtig, ob als ‚Bluttausch im Kinderzimmer‘, als Mißhandlung von Kindern durch die eigenen Eltern, im Straßenverkehr, bei Demonstrationen (nachweislich von beiden Seiten) oder als Mord und Totschlag, Krieg und Vergewaltigung, Terrorismus, Diktatur und Folter. (. . .) Gewalt wird nicht nur von jedem passiv erlitten, sondern von jedem aktiv erfahren, wenn nicht in Taten, so in Gedanken und Worten.“

Notwendig ist es, sich mit „Gewalt“ zu beschäftigen, denn die „Frage nach den Ursachen der Gewalt sei ja wohl die Kardinalfrage, mit deren Beantwortung die Welt erklärt werden könnte.“³

Die Themen-Konjunkturen der von uns untersuchten Massenmedien belegen: Wer sich auf das Gewalt-Vokabular einläßt, der wird mit großer Wahrscheinlichkeit gehört. Aber die Möglichkeiten des privaten Skandalisierens von gesellschaftlichen Problemen und Herrschaftsverhältnissen werden gleichzeitig begrenzt. Wer das Gewalt-Vokabular verwendet, dem stellen Medien die Skandalisierungsfalle. Sofern Medien „Gewalt von/an/in/gegen . . .“ thematisieren, findet dabei keine öffentliche Debatte um Abhilfe bei gesellschaftlichen Problemen statt, es geht nicht um die Politisierung von Konflikten, nicht um Befreiungen von Herrschaftsverhältnissen. Sofern Medien sich nicht selbst über „Gewalt-Täter“ oder eine neue Welle der Jugend-, Banden-, Eltern-, Männer-Gewalt entrüsten (je nachdem, was der Polizeipressebericht gerade anbietet), sondern Skandalisierungen von sozialen Bewegungen aufnehmen (wie der Frauenbewegung) oder von sozialen Advokaten (wie dem alternativen Kinderschutz), veranstalten sie das, was sie beim Thema „Gewalt“ gelernt haben: Sie führen einen Ordnungsdiskurs. Es geht um die gute Ordnung von Familie, Staat und Gesellschaft, um die „natürliche“ oder „moderne“, jedenfalls „Störungen“ und „Störer“ vermeidende Ordnung von Geschlechtern und Generationen. Daß das private Skandalisieren in eine Falle gerät, liegt einmal am Skandalisieren selbst. Vor allem aber an der Benutzung des Gewalt-Vokabulars.

II. Das Skandalisieren

Das Paradigma des Skandalisierens ist die öffentliche Anklage. Das „J'accuse“ besteht in der Behauptung, daß die infragestehende Handlung, die angeklagte Person oder eine ganze Gruppe von Personen nicht nur das partikulare Interesse des Anklägers oder der Anklägerin verletzt haben. Das Skandalisieren zielt auf das Herstellen von Gemeinsamkeiten zwischen interessierten, in einem Konflikt stehenden Betroffenen (bzw. deren Advokaten) und den noch desinteressierten Nicht-Betroffenen. Skandalisieren stellt die Gemeinsamkeit dadurch her, daß ein Ereignis oder eine Situation als ein Fall von „Normbruch“ konzeptualisiert wird. Aus einem *Konflikt*-Thema wird ein *Konsens*-Thema gemacht.⁴ Zumindest wird versucht, es dazu zu machen. Skandalisieren mag ein Problem auf die öffentliche Tagesordnung bringen, aber um den Preis seiner Moralisierung. Es braucht einen normativen Bezugspunkt, der in der öffentlichen Anklage eines abweichenden Falles immer auch bestätigt und „geheiligt“ wird. Nach einigen Erfahrungen mit politischen Skandalen läßt sich dieses

Dilemma schlecht übersehen. Durch das Anprangern von „Watergate“, „Irangate“ oder der diversen Korruptionen und Machenschaften deutscher Parteien und Politiker (Parteispenden-Skandal, Barschel, U-Boot-Affären oder inzwischen der Stasi-Kontakte) werden zwar immer öfter „demokratische Reinigungskrisen“ in Gang gebracht, und Herrschaftspersonal, dem individuelle „Verfehlungen“ nachweisbar sind, wird gelegentlich ausgetauscht. Gleichzeitig wirkt das Skandalisieren auch als Teil „symbolischer Politik“ (Edelman), als ein konsensbildendes Ritual, wie das der Wahlen. Durch den gelungenen politischen Skandal wird keineswegs die Form politischer Herrschaft in Frage gestellt. Die Botschaft lautet: Das Herrschaftspersonal hat sich „Verfehlungen“, meist aber Gesetzesverletzungen, zu schulden kommen lassen, die Tugendwächter haben nicht genügend aufgepaßt, die liberale Demokratie ist eine gute Herrschaftsform, weil das nachträglich korrigiert werden kann. (Bis zum nächsten Ritual.) Normative Mittel der Herrschaftskontrolle sind, weil sie sich auf herrschende Normen & Werte zu beziehen haben, immer auch durch Herrschaft kontrollierte Strategien.⁵

Eine Norm, für die inzwischen ein universeller Konsens angenommen werden kann, heißt: „keine private Gewalt“. Menschen sind nicht dazu da, von anderen geschlagen, verletzt, erniedrigt, bedroht und zum Objekt gemacht zu werden. Daß sich öffentliches Skandalisieren auf diese Norm beziehen kann, hat durchaus ambivalenten Charakter. Einerseits werden auch nicht-staatliche Akteure öffentlich schnell gehört, wenn sich ein Ereignis, eine Situation oder ein gesellschaftliches Verhältnis in bezug auf das „Gewalt“-Thema definieren läßt. Jenseits von Konsens-Themen scheint öffentlich und über Subkulturen hinaus wenig skandalisierbar zu sein. Eine öffentliche Anklage mag auf Situationen und Zustände zielen. Als Form öffentlichen Redens kommt sie aber nicht ohne die moralische oder soziale Degradierung von Personen aus. Zum öffentlichen Tribunal in Massenmedien gar gehört die Feststellung von individuellen Verfehlungen, die Zuschreibung von Verantwortlichkeit, von Unmoral und Laster; es gehören dazu die Abstraktionen und die Feindbilder.

Das Dilemma des privaten Skandalisierens und der Schaffung medienöffentlicher Tribunale ist es, daß für einen Protest, der sich auf universellen Konsens beruft, inzwischen Etikettierungen benutzt werden (müssen), die sonst dazu dienen, staatliche Schutz-, Sanktions- und Strafinstanzen zu mobilisieren. Diese verwalten das Vokabular von „Gewalt“, „Legalität“, „Unrecht“, „Kriminalität“. Ganz deutlich wird die Verbindung zu einem von staatlichen Apparaten angestoßenen und von Massenmedien vermittelten Ordnungsdiskurs bei dem Vokabular „der Gewalt“. Unsere Inhaltsanalyse der Dokumente des öffentlichen Moralisieren in den Illustrierten und dem *Spiegel* hat eindeutig gezeigt, daß die Thematisierung von „Gewalt“ nie mit einer öffentlichen Debatte um Befreiung oder um Abhilfe in Problemsituationen einherging. Die Sorge galt der Ordnung von Familie, von Staat und Gesellschaft; Thema war eine Wiederherstellung der Ordnung der Generationen, der Geschlechter, das Respektieren

von „Grenzen“, das Vermeiden von „Exzessen“. Zwei Beispiele, die wir bei unserer Rekonstruktion der Geschichte von „Gewalt“ als Dramatisierungskonzept und Verdichtungssymbol in bundesdeutschen Massenmedien identifizieren konnten, sollten uns vor einem naiven Gebrauch des Gewalt-Vokabulars warnen:

Das Thema *„Gewalt in der Familie“* beginnen die Medien mit der Skandalisierung der „kleinen Ungeheuer“, die ihre Eltern prügeln, tyrannisieren und umbringen.⁶ Ihre Brutalität leitet sich aus der Familie selbst her. Die „übertrieben“ permissive Erziehung führt zum Norm-Mangel und im Extrem zur „Gewalt“ der ungeheuerlichen Kinder. Das Thema *Geschlechterverhältnis und Gewalt* hat seinen Auftakt in der Sorge, daß der Exzeß der Befreiung der Frau dazu führt, daß sie zu Hause ihre Männer prügeln und den Staat terrorisieren. („Schatzi, hau mi net“ findet nicht nur der Stern berichtenswert.)⁷

Bei beiden Themen ist es „von unten“ gelungen, in den 80er Jahren die Rollen von Täter und Opfer auszutauschen. Heute geht es nicht mehr um die „kleinen Ungeheuer“, sondern um die Ungeheuerlichkeiten von mißhandelnden Müttern und mißbrauchenden Vätern. Heute würden wir den „geschlagenen Mann“ für ein reichlich unwirkliches Phänomen halten; „die Männer“ öffentlich als brutal, als potentielle Vergewaltiger und Pornographen zu bezeichnen, das halten Frauen und Männer für eine Beschreibung von Wirklichkeit. Dies ist nur oberflächlich ein „Erfolg“, denn das Vokabular ist „besetzt“. Während die Frauenbewegung oder der alternative Kinderschutz „Gewalt gegen Frauen“ bzw. „Gewalt gegen Kinder“ noch als Verweisungssymbole benutzen, als ein Hinweis auf „männliche Herrschaft“ oder den „Objektstatus“ von Kindern, transformieren die Massenmedien, sofern sie das Thema aufgreifen, das Verweisungssymbol „Gewalt“ in das Verdichtungssymbol um. Die moralische Empörung wird zur „Entrüstung“ und zur Gelegenheit, einen Ordnungsdiskurs zu führen, der den Skandalisierungsintentionen der Bewegung oder der Advokaten genau entgegenlaufen kann. Da geht es nicht mehr um Fragen von Herrschaft und Befreiung, sondern um private, illegitime Gewalt, um Normverletzung, „kriminelle Gewalt“, „Brutalität“, um Norm-Verluste auf der Seite der Individuen, seien das die Männer oder die Eltern, wahlweise Mütter oder Väter. Der Lösungsweg, die Mobilisierung staatlicher Kontrolle, ist mit dem Vokabular vorgezeichnet. Und weil das so oft vergessen wird, möchte ich daran erinnern, daß Kontrolle nicht bedeutet, daß Handlungen verändert werden, sondern daß Kontrollinstitutionen, ihre Experten und massenmedialen Kommunikatoren Wissen über Abweichung anbieten und Probleme so zurichten, daß sie in das Raster etablierter Kontrollinstitutionen passen.

III. Neuere Konjunkturen von „Gewalt“-Problemen

Über die seit Jahren übliche Häufigkeit hinaus wurde in den Massenmedien das „Gewalt“-Thema 1990/91 besonders hervorgehoben. Das speist

sich aus mehreren Quellen. Zunächst konnten mit dem vertrauten Vokabular relativ neue und verschiedene „Störungen“ auf einen Begriff gebracht werden. Das waren die Händel und Rivalitäten von städtischen „Jugendbänden“, die ihr Aktionsfeld aus den Stadtteilen zunehmend in die Zentren der Metropolen (gemeint sind z. B. Berlin oder Frankfurt/Main) verlegten, die Straßen und Plätze oder auch den „Untergrund“ verunsicherten. Dazu kam das ganz andere Problem von Übergriffen auf Fremde und Fremdes durch meist jugendliche Schlägergruppen, die nach dem Akt der deutschen Vereinigung in Ostdeutschland beobachtet wurden. Es konnte auch die bisher unbekannte Randalie von Fußball-Fans sein. Wo Nachdenken über Problemlösungen angebracht wäre, bietet das Gewalt-Vokabular einen „Ausweg“: die Möglichkeit der Abstraktion von Verschiedenheiten und der Verbindung neuer Störungen zu alten „Problemzurichtungen“ wie der steigenden „Gewalt-Kriminalität“ und der „allgegenwärtigen Gewalt“. Für Medien stellen die neuen „Gewalt“-Themen nicht nur marktgängige Nachrichten dar. Das Thema erhält das Krisenbewußtsein des Publikums, schärft die Sensibilität gegenüber den Gefährdungen der bewährten gesellschaftlichen Ordnung, beschwört die staatliche und die private „Verteidigungsbereitschaft“ gegen die „Störer“ von innen und außen. In „Übergangssituationen“ zu „neuen Ordnungen“ ist das besonders dringlich.

Verstärkt wurde der Ordnungsdiskurs der Massenmedien durch das eben zu dieser Zeit vorgestellte und veröffentlichte Gutachten der „Gewaltkommission“, das gleichsam als wissenschaftliches und regierungsamtliches „Nachschlagewerk“ über individuelle Gewalt gelesen und zitiert wurde (sich auch so versteht) und das die Orte und Institutionen benannt hat, die besonders für die Entstehung von „Gewalt“ und das Agieren von „Tätern“ von Bedeutung sind. Der „Gewaltkommission“ ging es um Analysen „insbesondere der politisch motivierten Gewalt, der Gewalt auf Straßen und Plätzen, der Gewalt im Stadion, der Gewalt in der Schule, der Gewalt in der Familie“.⁸

IV. „Gewalt in der Schule.“ Zur Karriere eines öffentlichen Problems

Ich möchte aus der Liste das Thema „Gewalt in der Schule“ herausgreifen und seine weitere Karriere verfolgen. Wozu dient die öffentliche Debatte und läßt sich damit der Zustand dieser Zwangsinstitution skandalisieren? Läßt sich damit Bildungspolitik einklagen oder werden wieder nur Gruppen ausgegrenzt? Mit dem Thema „Gewalt in der Schule“ habe ich mir aus der Liste der Gewaltkommission den schwierigsten Fall ausgesucht. Obwohl in den Gutachten dazu auch die Entgrenzung des Gewalt-Begriffs und die Individualisierung durchschlägt (ob das Beschädigen oder Zerstören von Tischen oder Stühlen, das Ärgern von Lehrern, das Verprügeln oder Verletzen oder Erpressen von Schülern, alles paßt unter „Gewalt“), fehlen in diesem Feld die quantitativen Dramatisierungen des Problems. Die Ergebnisse paßten nicht so ganz in die gerade anlaufende

„Welle“ der „Jugendbanden in Deutschland“, die „geil auf Gewalt“ sind (so ein Titel des *Spiegel* im November 1990). Sie paßten auch nicht ganz in die Wahrnehmung von Eltern und Lehrern mancher Schulen, zumindest nicht in Frankfurt. Die Karriere des Themas wurde sowohl von den Medien wie von „unten“ etwas nachgebessert. Das bedurfte mehrerer Akte:

1. Die Abstraktion von problematischen Situationen

Von Eltern und LehrerInnen wurden schon Ende 1989 öffentlich Fälle von Belästigungen, von tätlichen Übergriffen, kurz, von gewalttätigen Jugendlichen an Frankfurter Schulen berichtet. Zum Thema „Gewalt in der Schule“ konnte das erst nach weiteren Akten werden. Nützlich für Abstraktionen erweisen sich die beliebten „Umfragen“. Das staatliche Schulamt befragte die Frankfurter Schulen nach „Vorfällen“, die dann wiederum unter das Etikett „Gewalt“ subsummiert wurden.⁹

2. Die Enteignung der Skandalisierung

Die Ergebnisse der Studie haben sehr schnell ein überregionales Interesse gefunden. Die regionale Öffentlichkeit – jenseits informierter Experten – kam später. *Der Spiegel*¹⁰ berichtete zur Zeit des Golf-Krieges über die Frankfurter Untersuchung. Ihm geht es weniger um kleine Klassen oder um die Lehrerversorgung noch um Mammutschulen und schon gar nicht um die systematische Ignorierung von Migrantenkindern in deutschen Schulen, sondern um die Bedrohung von innen:

„Die Brutalität unter Schülern nimmt zu, einige greifen sogar zur Waffe.“ (. . .)
„Die Frankfurter Bestandaufnahme, unterlegt durch Schilderungen betroffener Schüler macht deutlich, daß aggressives und kriminelles Verhalten in Hauptschulen und Gymnasien gleichermaßen zum Alltag gehört.“

Eine „*Gewaltexplosion*“ wird bei Angreifern und bei Verteidigern festgestellt. Worin die Ursachen liegen, das ist bei dieser Gelegenheit auch gleich festgehalten:

„Ein wichtiges Versäumnis glauben Pädagogen und Pennäler nach der Diskussion der Untersuchungsergebnisse erkannt zu haben. Die Erziehung, allein zu passivem friedfertigem Verhalten“, erläutert Oberstudienrätin Loiero, führe dazu, daß die Schläger Zurückhaltung ‚als Schwäche mißverstehen und dann alle terrorisieren‘. Wichtig sei es, ‚daß man sich zur Wehr setzt‘. Das könne, glaubt Gymnasiast Hauke nur durch ‚die Ächtung solcher Typen‘ geschehen – oder auch auf handgreifliche Weise. Einmal hat es schon geklappt. Eine Allianz von fünf Freiwilligen, erzählt Hauke, habe so einem Kerl nach der Schule ‚aufgelauert und ihn zusammengeschlagen‘. Hauke: ‚Seitdem ist Ruhe‘.“

Mit der Aufforderung zurückzuschlagen endet der Artikel (wie einige andere über innere und äußere „Sicherheitsfragen“ auch). Rechtzeitig zum Golfkrieg und passend zur Diskreditierung weinerlicher Pazifisten.

Daß Medien das „Gewalt“-Thema vorzugsweise zu einem Ordnungsdiskurs umformen, das ist eigentlich nichts neues. Das private Skandalisieren nimmt das aber selten zur Kenntnis, benutzt weiter das Gewalt-Vokabular und setzt an den vorgegebenen, in den Moral- und Sicherheitspaniken

entwickelten, Dramatisierungsmustern an, um eine Problemlösungs-Politik zu erreichen.

3. Skandalisieren und die Individualisierung des Problems

Die Mobilisierung öffentlicher und staatlicher Interventionen bei einem Skandal setzt eine spezifische Signifikanz und Relevanz von Ereignissen und Zuständen voraus. Zur Mobilisierung staatlicher Reaktion (in Form von instrumenteller Politik und/oder Kontrolle und moralischer Verurteilung) sowie zum Hervorlocken von privater Aufmerksamkeit, moralischer Verurteilung und gesellschaftlichen Kontrollen, die über das übliche Maß hinausgehen, ist es erforderlich, die Anklage eines Norm-Bruchs zu erweitern. Über die Moralisierung des Problems hinaus muß eine „Bedrohungs- und Bedeutungsspirale“ in bezug auf den skandalisierten Fall in Gang gebracht werden. Die Erweiterung der Relevanz des Falles erfolgt argumentativ, nach einem relativ einfachen Muster des Assoziierens. Ein konkreter, spektakulärer, vielleicht auch extremer Fall wird als Teil eines größeren, dahinterstehenden, bedeutsameren und bedrohlicheren Problems konzipiert. Der konkrete Fall ist „nur die Spitze des Eisberges“. Wichtig ist die Unterstellung einer naturhaften Verbindung, die im öffentlichen Reden leicht dadurch hergestellt wird, daß ein „Natur-Bild“ verwendet wird; die Spitze des Eisberges und die Gefahr, die unter der Wasserlinie vermutet wird, beide sind aus demselben Stoff. Wenn die Spitze des Eisbergs sichtbar ist, muß da ein noch viel bedrohlicheres Potential sein, auch wenn es nicht sichtbar ist. Ganz ähnliche Dienste leisten Alltagstheorien über Abweichung: „Wer arm, arbeitslos oder frustriert ist, der klagt auch, ist aggressiv und gewalttätig“, kurz: „Böses verursacht Böses“. Die naturhafte Verbindung ergibt sich hier aus der „Gesetzmäßigkeit“. Ein Beispiel aus dem Themenbereich „Gewalt in der Schule“ soll die Ausführungen konkretisieren und auf die Ähnlichkeiten der Argumentationen mit denen hinweisen, die wir aus Law-and-Order-Kampagnen kennen. Ich greife einen Bericht aus dem Lokalteil der Frankfurter Rundschau im Juni 1991 heraus; das Thema ist inzwischen aus den überregionalen Medien in den Lokalteil zurückgekehrt.¹¹

Der Aufmacher im Lokalteil lautet:

„Die Gewalt ist kein Kinderspiel“.

Als konkreter Fall wird geschildert:

„Auf dem Hof einer Grundschule in Frankfurt legen drei Jungen einem Mädchen einen Strick um den Hals und dann ziehen sie zu, bis das Kind im Gesicht blau wird.“¹²

Das ist für das strangulierte Mädchen ein höchst gefährlicher Vorfall und jeder wird erwarten, daß konkret Abhilfe geschaffen wird. Und eine der wichtigsten Voraussetzungen wäre dabei, nicht von dem konkreten Vorfall zu abstrahieren und zu fragen, warum konnte das zwischen diesen Kindern, auf diesem Hof und zu diesem Zeitpunkt geschehen? Die Öffentlichkeit interessiert sich dafür nur insoweit, als „mehr“ dahinter-

steht. Wenn über diesen Vorfall als ein Beispiel von „Gewalt an Schulen“ berichtet werden kann. Und genau in diesem Zusammenhang ist der „Fall“ der Frankfurter Öffentlichkeit bekannt geworden. Die Auswertung der Umfrage des staatlichen Schulamtes in Frankfurt wird von der lokalen Presse im Juni 1991 so in der Öffentlichkeit dargestellt (obwohl sie schon länger bekannt war und überregional schon gute Dienste für einen Ordnungsdiskurs geleistet hat).

„Eine ‚besorgniserregende Zunahme der Gewalt an den Frankfurter Schulen‘ bilanzierte der Leiter des staatlichen Schulamtes, Fritz Bleienstein, nach Auswertungen der mehr als 150 Antworten aus den Schulen. Gleichwohl hat die Umfrage keine exakte Statistik der Gewalt ergeben. Viele Lehrer schilderten die Probleme anhand eines Beispiels. Weil viele Schüler und Eltern solche Taten aus Angst vor Racheakten erst gar nicht melden, ist die Dunkelziffer groß. Dennoch kamen bei der Umfrage 130 eingehende Gewaltdarstellungen zusammen, die ein erschreckendes Bild von der Situation an vielen Schulen geben. Das reicht von Fällen ‚verbaler Gewalt‘ gegenüber Mitschülern und Lehrern bis zu massiven körperlichen Verletzungen(. . .) Schüler werden auf dem Heimweg überfallen, verprügelt oder ‚fast profihaft‘ erpreßt.“

Die gesellschaftliche Bedeutsamkeit wird nicht nur über die „Qualität“ der Vorfälle und ihre (weitgehend im „Dunkelfeld“ liegende und nach dem Eisberg-Modell vermutete) Quantität hergestellt, sondern auch über die „Ursachen“:

„Angesichts der Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher, der sozialen Probleme in den Stadtteilen und einer Gesellschaft, die von Schlägereien in den Fußballstadien, Mißhandlungen in den Familien bis zur Hatz auf den Autobahnen jeden Tag Gewaltbereitschaft demonstriert, sei die Situation an den Schulen nur ein ‚Spiegel unserer Gesellschaft‘“, sagte Schuldezernentin Ebeling: „Die Jugendlichen erfinden nicht die Gewalt, sondern machen nach, was sie täglich sehen und erleben. Die Gewalt ist ein Ausdruck innerer Not.“

Auch die Schule wird als „Ursache“ für „Gewalt“ nicht vergessen:

„Je größer und anonym der (Schul-)Komplex, desto mehr passierte.“

Aber wie so oft bei „sozialen Ursachen sozialer Probleme“ (und typisch für die Brutalitätsmetapher bzw. für die modernere Version der „Gewaltbereitschaft“ schlägt die Skandalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse und das fürsorgliche Anmahnen von „Verbesserungen der Verhältnisse“ auf die „Entschuldigten“ zurück. Die letzte (und auch wieder erste) Ursache für Gewalt ist: daß es den Schülern *„in alarmierendem Maß an Rechtsbewußtsein mangelt“*, daß die *„Normbildung im frühen Kindesalter nicht mehr so gelingt“*.

Das klingt fast so als spräche die „Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt“ selbst. Deren Hauptsorge gilt ebenfalls der „abnehmenden Normakzeptanz“ und der „Erosion von Rechtsbewußtsein“. ¹³ Das verlangt ideologische Arbeit. Die zielt auf das Bewußtsein und die moralische Verbesserung der Schüler, nicht auf Veränderungen der Verhältnisse und wenn, dann gerade soweit, bis die Akzeptanz herrschender Normen und geltenden (Straf-)rechts hergestellt ist. Das bildet die Grenze der Problem-Politik.

4. Individualisierung der Problemlösung

Die Skandalisierungsfalle des Gewalt-Vokabulars liegt nicht nur darin, daß das Thema von den Massenmedien jederzeit für einen Ordnungsdiskurs „enteignet“ werden kann (wie für jenen gegen die „allzu passive und friedfertige Erziehung“) oder für die Dramatisierung eines beliebigen anderen Gewalt-Themas zusätzliche Beweise liefert (wie z. B. für die „Jugendbanden“). Die Falle wird auch dadurch gestellt, daß mit dem „Wechselrahmen“ der „Gewalt“ über die wissenschaftlich legitimierte „Ursachenforschung“ jederzeit zum einzelnen „Täter“ zurückgekehrt werden kann. Im besten Fall endet die Skandalisierungsfalle in der moralischen Selbstverpflichtung derer, die im Gegenzug versuchen, über die Benennung von „struktureller Gewalt“ oder der „verdeckten Gewalt“ staatlicher Institutionen endlich „alte Reformprojekte“ ins Gespräch zu bringen. Ein Beispiel dafür habe ich in dem „Elternbrief“ des „Elternbundes Hessen“ gefunden, der sich als Gegengewicht zu dem konservativen „Hessischen Elternverein“ versteht und hartnäckig als Advokat bildungspolitischer Reformen auftritt.¹⁴

Eingeleitet wird das Thema durch „importierte“ Aufmacher aus Zeitungen:

„Die Gewalt der Straße hat die Schultüren aufgestoßen. Frankfurter Schüler rüsten auf/ Mit Totschläger und Butterflymesser gegen Gleichaltrige und Lehrer“.

Das Thema ist so öffentlich vorgegeben. Von einer engagierten Pädagogin wird dann aber eine „Gegendefinition“ versucht. Bei ihr heißt das Thema:

„Das Unmögliche möglich machen: Schule gegen Gewalt“.

Ihre Empfehlung lautet, die Schule als gesellschaftliche Selektions- und Statuszuweisungsinstitution auszuhebeln:

„Schule muß klären, inwieweit bereits die Institution Schule – und davon abgeleitet die spezielle Schule – Gewaltstrukturen hat und dadurch gewalttätige Verhaltensweisen hervorruft und begünstigt. Welche Reglementierungen, Verordnungen, Erlasse, Unterrichtsinhalte, Organisationsformen usw. sind tatsächlich unabdingbar (. . .). Wieviel wäre schon gewonnen, wenn in der Schule ein pädagogisches – im Gegensatz zum gesellschaftlichen – Verständnis von Leistung Einzug hielte, bei dem Förderung Priorität vor Selektion hätte, miteinander statt gegeneinander gelehrt und gelernt würde, emotionales, soziales und praktisches Lernen dem kognitiven gleichgeordnet wäre und jede Schülerin und jeder Schüler an ihren individuellen Möglichkeiten und nicht an einem fiktiven Durchschnitt oder am Stand einer – zufällig zusammengewürfelten – Lerngruppe gemessen würde.“

Aber wahrscheinlich gerade weil ihr klar ist, daß die notwendige Bildungspolitik nicht kommen wird (auch nicht in Hessen), endet der Versuch, eine Zwangsinstitution dadurch zu skandalisieren, daß man ihr nachweist, sie produziere Gewalt, im Appell an die private Moral der Vorbilder:

„Dennoch hat jede/jeder von uns eine Möglichkeit, sofort gegen Gewalt anzutreten: Eine Voraussetzung einer Schule gegen Gewalt sind gewaltfreie, konfliktfähige, erwachsene Modelle.“

Und zum Schluß wird noch eine Aufforderung zitiert, die wir auch von amnesty international kennen:

„Viele kleine
Leute
an vielen
kleinen Orten,
die viele kleine
Schritte tun,
können
das Gesicht der Welt verändern.“

Das tut so, als wäre „das richtige Leben im falschen“ so einfach möglich und eine Sache des Entschlusses, der individuellen Bereitschaft, der erwachsenen Reife, kurz: der Moral. Und vielleicht stimmt an dem Kalenderspruch ja auch etwas. Oder wir brauchen als kritische Bürgerinnen und Bürger diesen Mythos. Wenn wir bei allen Veränderungen der Welt aber immer wieder auf uns selbst verwiesen werden, dann kann die erste Veränderung auch sein, „Gewalt“ aus unserem Skandalisierungsvokabular zu entfernen, auch in der Form der „strukturellen Gewalt“, der „verdeckten Gewalt“ oder der naiven Definitionsfrage, was „wirklich“ Gewalt ist. Der Verzicht auf das Gewalt-Vokabular in der Diskussion über gesellschaftliche Probleme (sei es im wissenschaftlichen Diskurs, sei es in politischen Debatten) heißt dann zunächst vielleicht nur, daß Ordnungsdiskurse ohne unsere Beteiligung geführt werden, daß sie ohne Legitimierungsmuster von wissenschaftlichen oder pädagogischen „Experten“ geführt werden müssen, als „reiner“ Sicherheitsdiskurs. Das Nicht-dabei-Sein kann den Blick dafür schärfen, daß das Gewalt-Vokabular gerade dazu dient, eine Problem-Politik zu verhindern (wegen der Fallen des Enteignens, der Individualisierung und Moralisierung). Menschen moralisch an die Kandare zu nehmen, ist nun wirklich eine der erprobtesten Strategien „symbolischer Politik“. Mit weniger Naivität läßt sich zwar nicht die Welt verändern und lassen sich auch selten gleich Verhältnisse verbessern, aber doch Skandalisierungsfallen umgehen.

Anmerkungen

* Der Aufsatz ist eine überarbeitete Fassung eines Vortrages, den ich auf dem „Gewalt-Symposium“ des AJK und der Initiative „Kriminologie und sozialer Wandel“ im Mai 1991 in Berlin gehalten habe. Meine Darstellungen beruhen auf den Forschungsarbeiten im DFG-Projekt „Sanktionieren als Moralisieren“; sie sind insbesondere Ergebnis einer gemeinsamen Arbeit mit Johannes Stehr.

(1) So der Aufmacher von Farin/Seidel-Pielen 1991.

(2) Wir haben darüber in der Kriminalsoziologischen Bibliographie Heft 68, 1990 berichtet. Der Vortrag und der Aufsatz beruhen auf den dort dargestellten Ergebnissen und Interpretationen. Generell zur Darstellung des DFG-Projektes vgl. Cremer-Schäfer/Stehr 1990a und Cremer-Schäfer/Steinert 1991.

(3) Der Text entstammt einer Lokalausgabe der Frankfurter Rundschau 1986.

(4) Die Unterscheidung ist von Gusfield (1989) übernommen.

(5) Vgl. Silverstein (1989).

(6) So ein Spiegel-Titel (Nr. 29, 1983).

(7) Nr. 10, 1978.

(8) So findet sich dies im Band I des Endberichtes der Kommission, S. 28.

(9) Einigen Schulleitern und -leiterinnen war das zu abstrakt. Weil sie nicht wußten, was mit ihren Berichten gemacht wird, haben sie nicht geantwortet.

- (10) Im Artikel „Horror aus der Dose“, Nr. 8, 1991.
- (11) Der Artikel ist am 12. 6. 1991 in der Frankfurter Rundschau erschienen. Ich habe für die Interpretation den „Hintergrundartikel“ verschiedenen kleineren Meldungen vorgezogen. Die Untersuchung selbst ist bisher nicht veröffentlicht. Es „gibt“ sie, aber man weiß nicht, was genau darin steht.
- (12) Der gleiche Vorfall leitet den erwähnten Spiegel-Artikel ein.
- (13) Dem ist die erste These der Kommission im Abschnitt zur vorbeugenden Kriminalpolitik gewidmet, Bd I, S. 203.
- (14) Ich bin selbst Mitglied dieses Vereines und habe den Artikel in dem „Elternbrief“ vom April 1991 gefunden; versucht hat die Gegendefinition Rosemarie Portmann.

Literatur

- ALBRECHT, P.-A./BACKES, O. (Hg.), Verdeckte Gewalt, Frankfurt 1990.
- CREMER-SCHÄFER, H./STEHR, J., Der Normen & Werte-Verbund. Strafrecht, Medien und herrschende Moral, in: KrimJ 22, 1990a, S. 82 – 104.
- CREMER-SCHÄFER, H./STEHR, J., Das Moralisieren und Skandalisieren von Problemen, in: Kriminalsoziologische Bibliografie 17, Heft 68, 1990b, S. 21 – 42.
- CREMER-SCHÄFER, H./STEINERT, H., Herrschaftsverhältnisse, Politik mit der Moral und moralisch legitimer Ausschluß, in: Kriminologisches Journal 23, 1991, S. 173 – 188.
- EDELMAN, M., Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt/New York 1976.
- FARIN, K./SEIDEL-PIELEN, E., Krieg in den Städten, Berlin 1991.
- GUSFIELD, J. R., Constructing the Ownership of Social Problems: Fun and Profit in the Welfare State, in: Social Problems 36, No. 5, 1989, S. 431 – 441.
- HALL, ST. et al., Policing the Crisis, Basingstoke/London 1978.
- MILLS, C. W., Situated Actions and Vocabularies of Motive, in: ders., Power, Politics and People, New York 1963.
- SILVERSTEIN, M., Watergate und Irangate. Von der Unausweichlichkeit politischer Skandale in den USA, in: R. EBBINGHAUSEN, S. NECKEL (Hg.), Anatomie des politischen Skandals, Frankfurt 1989, S. 258 – 273.
- SCHWIND, H. D./BAUMANN, J. u. a. (Hg.), Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt, Band I und III, Berlin 1990.
- TREIBER, H., Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Terrorismus: Die Inszenierung „symbolischer Kreuzzüge“ zur Darstellung von Bedrohungen der normativen Ordnung von Gesellschaft und Staat, in: F. SACK/H. STEINERT, Analysen zum Terrorismus 4/2: Protest und Reaktion, Opladen 1984.

Summary

Social movements and professions using the “vocabulary of violence” to scandalize conflicts or problems will be heard. To put an issue on public agenda that way means also running into a trap. Especially mass media transform moral indignation. The example “violence in schools” shows some details about starting “moral panics” or “symbolic crusades”. Not really expecting policies, an alteration of social structures, scandalizer depoliticize problems too, they form “violence” as a “social problem”, that can be solved by one’s own morality, each being exemplary “non-violent”.

November 1991

Friedrich-Ebert-Str. 31c
6368 Bad Vilbel